

# SÜDKURIER

## CORONA-REGELN

### Bloß keine Hoffnung machen!



Der Ministerpräsident stellt sich stur, will nicht über Corona-Lockerungen sprechen. Geschick ist das nicht.

VON DOMINIK DOSE

Das Schöne an Demokratien ist, dass selbst Debatten genau dann richtig interessant werden, wenn sie den Mächtigen gar nicht in den Kram passen. Das gilt nun auch für die Corona-Exit-Diskussionen: Winfried Kretschmann hat sie richtig schön aufgeladen – dank seiner Weigerung, vor Ostern an ein Ende der Corona-Maßnahmen zu denken. Spötter könnten sagen: Damit verspricht er Regelstabilität über mehr als zwei Monate, das gab es in Baden-Württemberg ja noch nie! Doch zum Lachen ist es nicht, wenn sich ein Ministerpräsident aus einem Diskurs verabschiedet. Ja, kein Mensch kann sicher vorher-sagen, was bis Mitte April passiert

– nach einer Katastrophe sieht es derzeit aber gar nicht aus. Immer mehr Bürger haben das Gefühl, dass die Politik Regeln willkürlich aufstellt. Ein gefährlicher Eindruck, der oft falsch ist. Doch bekräftigt Kretschmann mit seinen Aussagen genau dieses Bild. Das ist politisch ungeschickt und wieder ganz schlechte Kommunikation. Motto: Bloß keine Hoffnung machen! Die Ironie: Es liegt nicht allein in Kretschmanns Hand, wie die Regeln bis Ostern aussehen. Nicht nur, weil Gerichte die Regeln kassieren werden, wenn sie nicht mehr zu rechtfertigen sind. Sondern auch, weil das Stufenkonzept ohnehin noch Lockerungen möglich macht. In der niedrigsten Stufe ist unter 3G fast alles möglich. Die Intensivpatientenzahl könnte den nötigen Wert von 250 bald unterschreiten, sinkt auch die Hospitalisierungsinzidenz deutlich, macht sich das Land lockerer – ob es dem Ministerpräsidenten gefällt oder nicht.

dominik.dose@suedkurier.de

## GEWALT GEGEN POLIZISTEN

### Rückendeckung gefragt



Was in Deutschland passiert ist, ist in den USA fast schon Alltag. In beiden Ländern steigt der Hass auf Polizisten. Dem muss vorgebeugt werden.

VON FRIEDEMANN DIEDERICHS, USA

Der feige Mord an zwei jungen Polizisten erschüttert Deutschland. Für US-Bürger ist ein solcher Vorgang fast schon Alltag. 2021 wurde von Kriminellen auf über 320 Polizistinnen und Polizisten feuert, 62 der Ordnungshüter starben dabei. Nun sind die USA nicht unbedingt in allen Aspekten dieses Phänomens mit Deutschland vergleichbar. In den Vereinigten Staaten ist es aufgrund der Millionenzahl kursierender Waffen einfacher, sich illegal einen Revolver zu besorgen. Hinzu kommt, dass sich viele neu gewählte progressive Staatsanwälte sich in amerikanischen Metropolen das Ziel gesetzt haben, Gesetzesbrecher aus dem Ge-

fängnis herauszuhalten. Dieser beunruhigende Trend hat dazu beigetragen, dass die Zahl der Gewaltverbrechen in den USA weiter ansteigt.

Doch eines haben die USA mit Deutschland gemeinsam. In beiden Ländern gilt es in gewissen Kreisen als chic, Polizisten und ihre unverzichtbare Arbeit für eine sichere Gesellschaft zu verteufeln. Keine Frage: Einzelne schwarze Schafe haben dies befördert. Doch kein Polizist wacht mit dem Vorsatz auf, einen Verdächtigen zu töten. Stattdessen setzen sich die Ordnungshüter täglich freiwillig Gefahren aus, die das Leben kosten können. Kritik muss erlaubt sein. Doch wenn – wie teilweise in den USA – ein ganzer Berufsstand zum Feindbild erklärt und mit blankem Hass überzogen wird, ermuntert dies zur Gewalt gegenüber Polizisten. Dem muss vorgebeugt werden – mit klarer Rückendeckung für jene, die zwischen uns und der Anarchie stehen.

politik@suedkurier.de



Ein Mitarbeiter eines Stuttgarter Kaufhauses kontrolliert am Eingang den Impfnachweis einer Kundin. Inzwischen gilt wieder 3G im Einzelhandel. BILD: DPA

# Das Vertrauen schwindet

- Bevölkerung ermüdet von zwei Jahren Pandemie
- Viele empfinden die Maßnahmen als willkürlich



VON ANGELIKA WOHLFROM  
angelika.wohlfrom@suedkurier.de



Zwei Jahre Pandemie zehren an den Nerven der Bevölkerung. Das Auf und Ab der Infektionswellen, immer wieder Hoffnung auf Entspannung, die dann wieder von einer neuen Virusvariante und neuen Einschränkungen zerstört wird, belastet die Bürger auf verschiedensten Ebenen. Das ist in ganz Deutschland so. In Baden-Württemberg aber ist die Stimmung noch schlechter als im Schnitt, wie der „BaWü-Check“ herausgefunden hat, eine Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, die vom Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach durchgeführt wird.

Die Umfrage wurde im Januar durchgeführt und stützt sich auf 1044 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahren. Nur 38 Prozent der Bevölkerung sehen demnach den kommenden zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen, 30 Prozent mit Skepsis und 19 Prozent sogar mit ausgeprägten Befürchtungen. Damit liegt die Zuversicht im Land unter dem Durchschnitt im Bundesgebiet: Bundesweit waren 44 Prozent der Bevölkerung für die kommenden Monate zuversichtlich gestimmt.

Ob das mit dem Corona-Management der Landesregierung zusammenhängt? Zuletzt hatte Grün-Schwarz die eigene Systematik aus Warnstufe, Alarmstufe I und II außer Kraft gesetzt, wodurch strengere Regeln galten als eigentlich angesichts geringer Krankenhauseinweisungen und Intensivbettenbelegung angezeigt gewesen wäre. Vor dem Verwaltungsgerichtshof kassierte das Land deshalb eine Schlappe und musste Maßnahmen zurückschrauben.

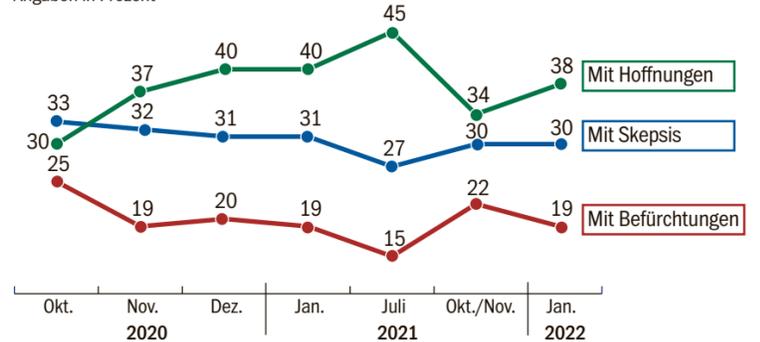
In der Allensbach-Umfrage fällt auf, dass die Zustimmung zum Corona-Management deutlich abgenommen hat. Ende 2020 stellten hier noch 60 Prozent der Landesregierung ein gutes Zeugnis aus, aktuell noch 45 Prozent. Wer die Corona-Politik kritisch sieht, bemängelt vor allem, dass viele Maßnahmen willkürlich und widersprüchlich erscheinen (67 Prozent der Kritiker sehen das so). 66 Prozent klagen, dass es aufgrund der ständigen Veränderungen kaum noch möglich ist, zu planen. Die Mehrheit hat den Eindruck, dass es keinen politischen Plan, keine Strategie zur Bekämpfung der Pandemie gibt.

Kritik kommt freilich auch von der anderen Seite. Den Anhängern des Teams Vorsicht gehen die Maßnahmen wiederum nicht weit genug – jeder Dritte, der die Maßnahmen der Landesregierung gutheißt, sieht das so. Etwa ebenso viele sind der Ansicht, dass das Land zu spät reagiert. Fast die Hälfte derer, die im Grunde positiv gestimmt sind, stört, dass die Einhaltung der Maßnahmen zu wenig kontrolliert wird.

## Verhaltene Stimmungslage

Frage: „Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“

Angaben in Prozent



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGEN, ZULETZT 6164

## Was die mit dem Krisenmanagement Unzufriedenen kritisieren

Frage: „Was stört Sie an der Corona-Politik der Landesregierung vor allem? Welche der folgenden Punkte würden Sie nennen?“

Personen, die mit dem Krisenmanagement der Landesregierung unzufrieden sind

Die Maßnahmen erscheinen willkürlich und widersprechen sich häufig	67
Die Maßnahmen werden ständig verändert, man kann kaum planen	66
Die Landesregierung hat keine Strategie, keinen Plan	61
Die politischen Maßnahmen richten erhebliche wirtschaftliche Schäden an	50
Die Einschränkungen sind übertrieben	39
Die Landesregierung reagiert meist zu spät auf die Entwicklung des Infektionsgeschehens	37
Die Landesregierung unterstützt diejenigen, die von den Maßnahmen besonders betroffen sind, zu wenig	35
Die Landesregierung erklärt und begründet ihren Kurs zu wenig	33
Die Einhaltung der Corona-Maßnahmen wird zu wenig kontrolliert	31
Die Maßnahmen gehen nicht weit genug	23

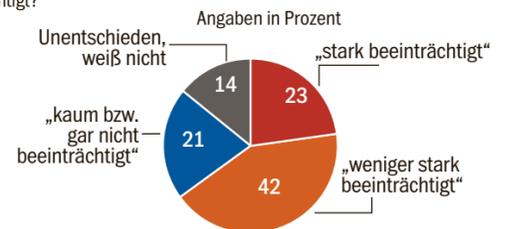
Basis: Baden-Württemberg, Personen, die mit dem Krisenmanagement der Landesregierung unzufrieden sind

Angaben in %

QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGE 6164/II

## Beeinträchtigung der Gesundheitsversorgung

Frage: „Wie ist Ihr Eindruck: Ist die Gesundheitsversorgung in Ihrer Region durch die Pandemie beeinträchtigt? Würden Sie sagen ...“



49 Prozent gehen davon aus, dass zurzeit viele Operationen zurückgestellt werden

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGE 6164/II / SÜDKURIER-GRAFIKEN



Knapp vorbei ist auch daneben.... MARTIN SAUTER

## SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 | 2012 | 2014 | 2015 | 2020  
European Newspaper Award 2011-2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021

**Chefredakteur:** Stefan Lutz (ViSDP)  
**Chefredaktion:** Günter Ackermann (Stellvertreter des Chefredakteurs), Andreas Ambrosius, Jörg-Peter Rau (beide Lokales)  
**Leitender Redakteur, Politik und Hintergrund:** Dieter Löffler; **Wirtschaft:** Walther Rosenberger;  
**Kultur:** Dr. Johannes Bruggaier; **Sport:** Dirk Salzmann  
**Verlag und Herausgeber:** SÜDKURIER GmbH  
**Geschäftsführer:** Michel Bieler-Loop, Peter Selzer  
**Vertrieb:** Julian Kögel **Zustellung:** Thomas Kluzik  
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus  
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz  
Postfach 102 001, 78420 Konstanz  
Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/ 999-1485  
Internet: <https://www.suedkurier.de>  
<https://www.suedkurier-medienhaus.de>  
E-Mail: [redaktion@suedkurier.de](mailto:redaktion@suedkurier.de)  
Commerzbank AG, Konstanz; IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00; BIC COBADE33XXX  
**Anzeigen und Werbevermarktung:**  
SK ONE GmbH  
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz  
E-Mail: [info@sk-one.de](mailto:info@sk-one.de); [anzeigen@sk-one.de](mailto:anzeigen@sk-one.de)  
Internet: <https://www.sk-one.de>  
**Anzeigen:** Michael Schmierer (verantwortlich)  
Regional: Tobias Gräser, Thomas Sausen

**Abo-Service und Kleinanzeigen:**  
Kostenlose Servicenummer 0800/880 8000  
[service@suedkurier.de](mailto:service@suedkurier.de)  
[kleinanzeigen@suedkurier.de](mailto:kleinanzeigen@suedkurier.de)  
**Druck:** Druckerei Konstanz GmbH  
Max-Stromeyer-Straße 180, 78467 Konstanz  
Zurzeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 90 vom 01.01.2022 mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen und den Zusätzlichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages gültig. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.



## Einzelwertung Lucha

Als maßgeblicher Minister in der Corona-Krise steht Sozialminister **Manfred Lucha** (Grüne) in besonderem Fokus. Das Urteil über sein Krisenmanagement fällt noch kritischer aus als über das Corona-Management des Landes. Knapp jeder Vierte kennt Lucha nicht und kann daher kein Urteil abgeben. Von denjenigen, denen er ein Begriff ist, attestieren ihm 30 Prozent eine gute Arbeit, während 51 Prozent unzufrieden sind. (sk)

